

MITTEILUNGEN

DES VEREINS FÜR GESCHICHTE
UND HEIMATKUNDE
OBERURSEL (TAUNUS) E.V.



HEFT 52 · 2013

ISSN 0342-2879

Dr. Christoph Müllerleile

„Oberursels Stadtparlament und seine Vorsitzenden“

Sonderdruck aus den Mittellungen des Vereins für Geschichte und Heimatkunde
Oberursel (Taunus) e. V.

Heft 52, 2013

Dieser Sonderdruck kann als .PDF-Datei kostenlos von

[www,Ursella,Org](http://www.Ursella.Org)

geladen und in
A4 oder A5 (Broschüre) ausgedruckt werden

Oberursels Stadtparlament und seine Vorsitzenden

von *Christoph Müllerleile*

Seit Beginn des 19. Jahrhunderts hat die Obrigkeit erkannt, dass starke Kommunen das Rückgrat ihrer Herrschaftsbereiche sind. Napoleon diente als Vorbild für die effektive Dezentralisierung von Macht und für die Stärkung der durch Kriege und Ausbeutung von Auszehrung bedrohten Provinzen. Mit der preußischen Städteordnung des Freiherrn vom Stein vom 19. November 1808 begann im größten der damaligen deutschen Königreiche die Stärkung kommunaler Selbstbestimmung, die in den folgenden achtzig Jahren immer wieder Modifikationen erlebte, bis am 8. Juni 1891 eine Städteordnung in Kraft trat, mit deren Hilfe auf kommunaler Ebene eine parlamentarische Arbeit im modernen Sinne möglich war, wenn auch bei Weitem nicht in der demokratischen Ausprägung, wie wir sie heute haben.

Anlässlich des 100-jährigen Bestehens des Oberurseler Stadtparlaments hat der damalige Stadtverordnetenvorsteher Erwin Rathgeb im September 1991 eine Dokumentensammlung¹ veröffentlicht, die auf umfangreichen Vorarbeiten des Stadtarchivs mit Dr. Rolf Rosenbohm fußte und eine gute Zusammenfassung der kommunalrechtlichen Entwicklung Oberursels lieferte. Kommunalrecht war im 1871 wiedererstandenen Deutschen Reich wie auch heute Länderrecht, und Oberursel gehörte seit 1866 zu Preußen. 1850 wurden in der Preußischen Städteordnung, die anderen deutschen Ländern als Regelungsmuster diente, die sogenannte echte Magistratsverfassung und das Dreiklassenwahlrecht eingeführt. Echte Magistratsverfassung hieß, dass ein von den Bürgern gewähltes Parlament einen Magistrat mit dem Bürgermeister an der Spitze wählte, der die Verwaltung der Gemeinde leitete und neben dem Parlament ein gleichberechtigtes Dasein führte. Parlament und Magistrat mussten in ihren Entscheidungen übereinstimmen, wenn Beschlüsse wirksam werden sollten.

Privilegien für Besitzbürger

Das Dreiklassenwahlrecht teilte die Bürger in drei Steuerklassen ein, die jeweils die gleiche Anzahl an Stadtverordneten wählen durften, aber eine

unterschiedlich hohe Zahl von Stimmberechtigten aufwiesen, was der höchsten Steuerklasse ein wesentlich größeres Stimmgewicht gab als den niedrigeren. Zudem mussten mindestens die Hälfte der von den jeweiligen Steuerklassen zu wählenden Stadtverordneten Hausbesitzer sein. Nicht wahlberechtigt waren Frauen und Bürger, die keine Steuern zahlten. Die Stimmabgabe erfolgte offen, das heißt jeder Wähler gab seine Präferenz zu Protokoll. Im Regierungsbezirk Wiesbaden trat die Städteordnung am 1. Juli 1891 in Kraft und war zunächst nur für elf Städte, darunter Oberursel, obligatorisch. Erst 1897 wurde sie auf die gesamte Provinz Hessen-Nassau ausgedehnt. Der von den Stadtverordneten gewählte Magistrat bedurfte der staatlichen Bestätigung. Ihm gehörten neben dem Bürgermeister und einem Beigeordneten vier Schöffen an. Diese Regelungen blieben bis Ende 1933 in Kraft.²

Die ersten Wahlen zur neuen Stadtverordnetenversammlung fanden am 10. September 1891 für die Wahlberechtigten der dritten Wählerklasse statt, die zu Steuerzahlungen zwischen 4 und 36 Mark veranlagt waren und zu der 344 Personen gehörten, am nächsten Tag für die zweite Wählerklasse, zu der 85 Wahlberechtigte mit Veranlagungen zwischen 36 und 88 Mark gehörten, und für die erste Klasse mit 25 Wahlberechtigten ab 88 Mark. Wahllokal war der Saal des heutigen historischen Rathauses am Marktplatz, der bis zum Umzug in das ehemalige Lyzeum, der heutigen Polizeistation an der Oberhöchstader Straße im Jahre 1932 auch Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung war. Die Einwohnerzahl Oberursels betrug zu diesem Zeitraum 4.300, von denen nur 454 Personen das Wahlrecht hatten. Jede Wählerklasse durfte sechs Stadtverordnete wählen.

Wahlberechtigt waren männliche preußische Bürger ab 24 Jahren, die seit mindestens einem Jahr ihren Wohnsitz in Oberursel haben mussten, zu mindestens 4,00 Mark Staatssteuern veranlagt waren, über die Ehrenrechte verfügten, keine öffentliche Armenunterstützung empfangen, keinen Konkurs angemeldet hatten und nicht mit Steuern im Rückstand waren. Die Wahl der Stadtverordneten erfolgte auf sechs Jahre, wobei nach jedem

zweiten Jahr ein Drittel der Stadtverordneten jeder Klasse ausscheiden musste, so dass im Zwei-Jahres-Turnus ein Drittel neu zu wählen war.

Vor der Wahl hielten die Kandidaten der einzelnen Steuerklassen Wahlveranstaltungen ab, bei denen Listen zusammengestellt wurden. Die neu gewählte Stadtverordnetenversammlung trat am 5. Oktober 1891 zusammen. Vorsitzender wurde der Baumschulbesitzer Ernst Lüttich, der der ersten Steuerklasse angehörte. Er berief die Sitzungen ein und sorgte für ordnungsgemäßen Ablauf und Protokollierung der Beschlüsse. Stellvertreter wurde der Gerber Christoph Schuckart von der dritten Steuerklasse, Schriftführer Rektor Dr. Keuter von der ersten Steuerklasse, sein Stellvertreter der Kaufmann Johann-Josef Meister aus derselben Klasse. Am 20. 11. 1891 wählten die Stadtverordneten den Magistrat und bestätigten Bürgermeister Weiler im Amt.

Die Stadtverordnetenversammlung tagte fleißig, bis zu ihrer Auflösung Ende 1933 insgesamt 729 mal, im Schnitt also 17 mal pro Jahr. Bis 1932 fanden die Sitzungen im historischen Rathaus am Marktplatz statt, bis Ende 1976 im heutigen Georg-Hieronymi-Saal des ehemaligen Lyzeums, danach im neuen Rathaus.

Mit dem staatlichen Neubeginn nach dem Ersten Weltkrieg endeten Dreiklassenwahlrecht und öffentliche Stimmabgabe. Das allgemeine Wahlrecht, das erstmalig am 2. März 1919 bei Kommunalwahlen auch in Oberursel angewandt wurde, gab den Frauen das volle Stimmrecht. Gewählt wurde nach einem neuen Wahlgesetz, das nur Listenwahl zuließ. Die Listenführer konnten vor der Wahl bekannt geben, mit wem ihre Liste nach den Wahlen verbunden würde, um Stimmenmehrheiten zu erreichen. Die Mandate wurden nach der Stärke der verbundenen Listen zugeteilt.

Bei der Wahl 1919 gab es vier Wahllokale, je zwei für Frauen und für Männer. Gewählt wurde von 9:00 Uhr bis 20:00 Uhr. Bei diesen ersten von Parteien dominierten Wahlen erzielten die Unabhängigen Sozialdemokraten und das Zentrum jeweils sieben Sitze, die Demokraten/Deutsche Volkspartei fünf, die Mehrheitssozialisten drei, Deutschnationale und Beamtenvereinigung jeweils einen Sitz.

Frauen wahlberechtigt aber unterrepräsentiert

Von den 105 Kandidaten, die sich zur Wahl stellten, waren zwölf weiblich. Den direkten Sprung ins Parlament schaffte jedoch nur Margarete Hager vom Wahlvorschlag der Unabhängigen Sozialde-

mokraten. Später rückte noch Friderike Bröll vom Wahlvorschlag der Demokraten/Deutsche Volkspartei nach. Von 1924 bis 1933 waren in der Stadtverordnetenversammlung keine Frauen vertreten. Zwar standen sie auf den Wahlvorschlägen, aber auf aussichtslosen Listenplätzen. Nach ihrem Zusammenschluss im Jahre 1922 kandidierten USPD und MSPD bei der Kommunalwahl am 4. Mai 1924 als »Vereinigte Sozialdemokratie«. Die neue Partei gewann sechs Sitze im Parlament, die Zentrumspartei vier, die Demokratische Partei einen. Die Kommunisten zogen mit zwei Vertretern erstmals in Stadtparlament ein. Die Partei für Haus-, Grundbesitz und Gewerbe und die Bürgerlichen Rechtsparteien entsandten jeweils drei.

Stadtparlament aufgelöst

Mit der »Verordnung zum Schutz von Volk und Staat« vom 28. Febr. 1933 wurden wichtige Grundrechte der Reichsverfassung außer Kraft gesetzt. Das Gleichschaltungsgesetz vom 30. März 1933 passte die nationalsozialistische Vorherrschaft in den Selbstverwaltungskörperschaften den Ergebnissen der Reichstagswahlen vom 5. März 1933 an.

Bereits am 8. Februar 1933 wurde die Stadtverordnetenversammlung durch Verordnung des Preußischen Staatsministeriums vom 7. Februar 1933 aufgelöst. Aus der Neuwahl am 12. März 1933 ging die NSDAP, die bisher im Stadtparlament keine Rolle gespielt hatte, mit sieben Sitzen als stärkste Partei hervor. Das Zentrum verfügte als zweitstärkste Gruppe über fünf Sitze, die Bürgerliche Vereinigung und die SPD hatten drei, die Kommunistische Partei zwei und die neu ins Parlament gekommene National-Freiheitliche Liste einen Vertreter.

Der Ausschluss der kommunistischen Stadtverordneten am 20. März 1933 veränderte die Kräfteverhältnisse nach rechts. Am 24. März 1933 musste Oberursels Bürgermeister Karl Horn, der dem Zentrum angehörte, einen unfreiwilligen »Erholungsurlaub« antreten und einem kommissarischen nationalsozialistischen Bürgermeister, Karl Lange, Platz machen. Ein Vierteljahr später, am 23. Juni 1933, folgten das Betätigungsverbot für die SPD und deren Ausschluss aus der Stadtverordnetenversammlung. Im Stadtparlament trat die Bürgerliche Vereinigung mit ihren Beigeordneten und Stadtverordneten zur NSDAP über.

Durch Gesetz vom 15. Dezember 1933 wurde die Stadtverordnetenversammlung mit Wirkung vom 1. Januar 1934 aufgelöst. Die letzte Sitzung der

Stadtverordnetenversammlung fand am 28. Dezember 1933 statt. Bis zum April des darauffolgenden Jahres durften die Stadtverordneten noch als »Berater« des Bürgermeisters fungieren. Das Stadtoberhaupt besaß jedoch fortan die alleinige Entscheidungsbefugnis in allen Gemeindeangelegenheiten und der Ortsgesetzgebung. Das Führerprinzip hielt Einzug. Die Bürgermeister wurden vom Regierungspräsidenten ernannt, die Gemeinderäte von der Aufsichtsbehörde auf Vorschlag des Gauleiters der NSDAP.

Die Deutsche Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 führte zu einer reichsweiten Vereinheitlichung des zersplitterten Kommunalrechts, die an und für sich schon immer gewünscht war, allerdings nicht in dieser Form.

Nach dem Neubeginn freie Wahlen

Einen »Beirat des Bürgermeisters« als kollegiales Organ gab es zunächst auch nach dem Ende der Ära der Nationalsozialisten in dem von US-Truppen besetzten Oberursel ab dem 31. August 1945. Er sollte in beratender Funktion Bindeglied sein zwischen der Bürgerschaft und der Stadtverwaltung. Nach fünf Monaten, am 27. Januar 1946, war die Zeit dieses Bürgerrats abgelaufen. Die neue Hessische Gemeindeordnung vom 21. Dezember 1945 beendete den improvisierten Verwaltungszustand in den Gemeinden. In Oberursel errangen bei der ersten freien Kommunalwahl nach dem Krieg am 29. Januar 1946 die CDU zwölf, die SPD neun Sitze. Die neue Stadtverordnetenversammlung konstituierte sich am 14. Februar. In der zweiten Sitzung am 21. März wurde der frühere Stadtkämmerer, Heinrich Kappus, zum Bürgermeister und damit zugleich zum Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Schon am 25. April 1948 wurde erneut gewählt. Dabei errangen die CDU zehn, die SPD acht, die Liberal-Demokratische Partei (die spätere FDP) vier und die Kommunistische Partei zwei Sitze.

Bis Februar 1952 wurden die größeren hessischen Gemeinden nach der Bürgermeisterversammlung regiert. Der Bürgermeister war in Doppelfunktion Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats. Der Magistrat bestehend aus den Beigeordneten stand dem Bürgermeister bei der Erfüllung seiner Aufgaben zur Seite und nahm ohne Stimmrecht an den Stadtverordnetenversammlungen teil. Die Mitglieder des Magistrats waren an die Weisungen des Bürgermeisters gebunden und durften nicht gleichzeitig Gemeindevertreter sein.

Mit der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952, auf die die Gemeindeordnungen auch heute aufbauen, wurden die Positionen des Stadtverordnetenvorstehers und Bürgermeisters wieder getrennt. Bei der nun geltenden so genannten Unechten Magistratsverfassung wählt das Stadtparlament den Magistrat. Seit 1993 werden die Bürgermeister vom Volk gewählt.

Die Wahlperiode der Stadtverordneten und ehrenamtlichen Magistratsmitglieder betrug bis 2001 vier Jahre, seitdem fünf. Bürgermeister und hauptamtliche Magistratsmitglieder werden auf sechs Jahre gewählt.

Das aktive Wahlalter lag bis 1970 bei 21 Jahren, das passive bei 25. Beides liegt in Hessen jetzt bei 18 Jahren. Ein Experiment von 1998 in Hessen unter sozialliberaler Regierung, das aktive Wahlrecht auf 16 Jahre zu senken, wurde 1999 unter der Nachfolgeregierung revidiert.

Besondere Aufgaben für den Vorsitzenden

Eine besondere, wenn auch nicht sehr stark spezifizierte Rolle weist die Hessische Gemeindeordnung dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung bzw. der Stadtverordnetenversammlung zu. Der Begriff des »Stadtverordnetenvorstehers« findet sich in der Gemeindeordnung nicht, hat sich jedoch eingebürgert. Da der Amtsinhaber protokollarisch über dem Bürgermeister steht, wird der Amtsinhaber auch gerne als »Erster Bürger« bezeichnet, um die umständliche, altertümlich klingende Amtsbezeichnung zu vermeiden.

Der Vorsitzende repräsentiert die Stadtverordnetenversammlung in der Öffentlichkeit. Er wahrt

die Würde und die Rechte des Gremiums. Er soll die Arbeiten der Stadtverordnetenversammlung gerecht und unparteiisch führen und kann in diesem Rahmen die Einwohner über das Wirken der Gemeindevertretung informieren. In der Erledigung seiner Aufgaben informiert und unterstützt ihn der Magistrat und stellt ihm die erforderlichen Mittel zur Verfügung. Der Stadtverordnetenvorsteher und seine Stellvertreter können nicht einfach abberufen werden. Dazu bedarf es einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreter.³

So stark war die Stellung des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung nicht immer. Auch das Amt hat sich entwickelt.

1891-1905 Ernst Lüttich



FOTO: PRIVAT

Oberursels erster Stadtverordnetenvorsteher Ernst Friedrich August Lüttich (1854-1917) stammte aus Leipzig und wohnte in dem von ihm erbauten Haus Liebfrauenstraße 21. 1880 eröffnete er auf einem ca. 9 Hektar großen Grundstück südlich der Liebfrauenstraße eine Obstbaum- und Rosenschule. Auch als Tierzüchter war er erfolgreich und erhielt viele Preise. Lüttich war zunächst Mitglied des Gemeinderats, der einem vom Volk gewählten Magistrat gleichkam. Im Stadtparlament gehörte er zur ersten Klasse der Steuerzahler. 1906 wurde er als Beigeordneter in den Magistrat gewählt und schied damit aus der Stadtverordnetenversammlung aus. 1910 wurde er anlässlich seines 25-jährigen Dienstjubiläums zum Stadtältesten ernannt. In Erinnerung an ihn errichtete die Stadt Oberursel eine Ernst-Lüttich-Stiftung in Höhe von 500 Mark, deren Zinsertrag bei jedem Schulentlassungstermin zur Belohnung für die besten Schülerinnen des Lyzeums verwandt werden sollte. Seit 1926 gibt es außerdem quer über sein ehemaliges Grundstück verlaufend die Ernst-Lüttich-Straße.

Lüttich war auch Mitglied des Kreis Ausschusses des Obertaunuskreises, dem er 25 Jahre angehörte, und Mitbegründer der Oberurseler Sektion des Taunuskubs. In Lüttichs Amtszeit fielen unter anderem die Einweihung des neuen Bahnhofes 1901, die Liquidation der Spinnerei Hohemark 1902, die Einweihung der städtischen höheren Mädchenschule 1903 und die Eröffnung der Kuranstalt 1904.

1905-1920 Alfred Wolff

Alfred Heinrich Wolff war Stadtverordneter zweiter Klasse und wohnte in der Kaiserin-Friedrich-Straße 11, der heutigen Lindenstraße. Mit Aufkommen der Parteien schloss er sich den Deutschen an. In seine Amtszeit fielen unter anderem die Eröffnung des Güter- und Personenverkehrs der Straßenbahn 1909 und 1910, die Einweihung des Realschulbaus 1913 und der heutigen Christuskirche 1914 und die Zeit des 1. Weltkriegs. Bei den ersten freien Gemeindewahlen nach dem

Verhältniswahlrecht im März 1919 erhielt Wolffs Liste nur einen Sitz. Trotzdem wurde er mithilfe des Zentrums und der rechten Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung am 27. März 1919 erneut zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt.

Doch schon bald geriet er in den Strudel parteipolitisch motivierter Auseinandersetzungen. Bei der Stadtverordnetenversammlung am 2. September 1920 gab es eine erbitterte Auseinandersetzung zwischen Zentrumsabgeordneten und dem Stadtverordnetenvorsteher, der in der vorangegangenen Sitzung mit scharfen Worten die Abwesenheit des für die Kohleversorgung der Stadt zuständigen Beigeordneten gerügt hatte.

Ratsherr Dr. Jilke, Lehrer am Gymnasium und Zentrumsmitglied, verwahrte sich gegen »diesen Ausfall«, der nicht zu der Geschäftsführung des Vorsitzenden gehöre und der eine große Taktlosigkeit darstelle. Zentrumsabgeordneter Dr. Messerschmitt nannte es »tief bedauerlich, dass ein Mann, der durch das Vertrauen der Versammlung und nicht zuletzt unserer Partei zu so einem verantwortungsvollen Ehrenamt berufen wurde, dieses Vertrauen durch seine Parteilichkeit, sein jeder Selbstbeherrschung entbehrendes Verhalten und durch das Außerachtlassen parlamentarischer Umgangsformen so schwer enttäuscht hat«. Der SPD-Verordnete Wick nutzte das zum Angriff: »Die bürgerlichen Parteien haben den Stadtverordneten Wolff gegen alle Grundsätze der Demokratie zum Vorsitzenden gewählt.« Herr Wolff habe es nicht immer verstanden, sein Amt objektiv zu verwalten.⁴

Auch der Magistrat unter Bürgermeister Füller distanzierte sich von Wolffs Amtsführung. Von der Zentrumsgruppe wurde ein dringlicher Antrag eingebracht, der den Rücktritt des Stadtverordnetenvorstehers forderte. Die Sozialdemokraten schlossen sich dem Antrag an, sodass Wolff zurücktreten musste. Hintergrund des Streits war Kritik der Oberurseler Kohlenhändler am Leiter der Kohlestelle, dem vorgeworfen wurde, nicht ortsansässige Lieferanten zu bevorzugen.

1920-1924, 1929-1933 Dr. Josef Messerschmitt

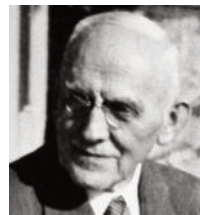


FOTO: STADTARCHIV

Dr. Josef Messerschmitt (1883-1957), zuvor Fraktionsvorsitzender des Zentrums im Stadtparlament und Kritiker seines Vorgängers Wolff, wurde am 9. September 1920 zum Vorsitzenden des Stadtparlaments gewählt. In sei-

ner Antrittsrede sagte er: »Das Streben, das die Grundlage meiner Tätigkeit bilden muss, Gerechtigkeit zu üben, soll auch mein Leitstern sein in dem mir übertragenen verantwortungsvollen Amte.«⁵ Messerschmitt war von 1916 bis 1933 Mitglied der Zentrumsfraktion und ab 1946 der CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung. Er wurde für seine Unparteilichkeit und sein Lenkungs geschick gelobt. In Messerschmitts Amtszeit fielen unter anderem die Besetzung Oberursels durch französische Truppen 1920, der wirtschaftliche Niedergang nach dem Krieg, die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933, die Eingemeindung von Bommersheim im Jahre 1929, die Zusammenlegung von Lyzeum und Oberrealschule 1931 und der Umzug des Rathauses in den bisherigen Lyzeumbau 1932.

Der gebürtige Bad Homburger war mit der Eröffnung der damaligen Realschule am 1. Oktober 1910 nach Oberursel gekommen, wo er als Naturwissenschaftler hauptsächlich in den Fächern Mathematik, Physik und Biologie unterrichtete. In seiner knapp 40-jährigen Lehrtätigkeit war er am Auf- und Ausbau der Schule auf ihrem Weg zur Oberrealschule, zur Oberschule und später zum Realgymnasium, dem heutigen Gymnasium Oberursel, beteiligt. Besonders verdient machte er sich um die Wiederaufnahme des Unterrichts unter schwierigsten Bedingungen nach Kriegsende. 1945 übernahm er die kommissarische Leitung des Realgymnasiums, die ihm 1948 endgültig übertragen wurde. Am 1. April 1949 trat er in den Ruhestand.⁶

1924-1929 Richard Wick



FOTO: STADTARCHIV

Richard Wick (1872-1955) war eine der farbigsten politischen Figuren in Oberursel. Er stammte aus Usingen. Der gelernte Maschinenschlosser arbeitete von 1905 bis 1927 als Lagerarbeiter und Angestellter im Konsumverein in Frankfurt am Main. In seiner politischen Laufbahn war er von 1900 bis 1924 Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Oberursel, 1905 bis 1930 und 1946 bis 1948 Stadtverordneter und von 1930 bis 1933 Beigeordneter im Magistrat der Stadt Oberursel.

1905 wurde Wick noch unter den Bedingungen des Zensuswahlrechts als Stadtverordneter dritter

Klasse ins Parlament gewählt. 1906 bis 1914 gehörte er auch dem Kreistag Höchst-Homburg-Usingen an. In den Zwanzigerjahren war er Landtagsabgeordneter. 1933 enthoben ihn die Nationalsozialisten aller Ämter. Nach dem Krieg kam er noch einmal ins Stadtparlament. 1947 wurde ihm der Titel Stadältester verliehen. Nach Ende seiner Amtszeit als Stadtverordneter verlegte er seinen Wohnsitz nach Bad Cannstatt, wo er 1955 im Alter von 82 Jahren verstarb.

Eine besondere Rolle spielte Wick unmittelbar nach Ende des 1. Weltkriegs. Am 8. November 1918 abends um 17 Uhr zogen rund 1.000 Arbeiter vor das Oberurseler Rathaus, geführt vom Stadtverordneten Wick und dem Vorsitzenden des Arbeitsausschusses der Motorenfabrik, Schweig, und forderten durch den Mund von Wick eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, insbesondere mit Fett, und die Einführung der Republik. Als am 9. November 1918 die Republik ausgerufen wurde, kam es zu einer Massenkundgebung auf dem Oberurseler Marktplatz, an der sich etwa 2.000 Personen beteiligten. Wiederum war es der Vorsitzende des Arbeiterausschusses der Motorenfabrik, der auf die großen Ereignisse hinwies und bekannt gab, dass ein Arbeiter- und Soldatenrat gegründet worden sei, der die Kontrolle über die Verwaltung ausüben werde. Magistrat und Beamte hätten die Republik anerkannt und sich weiterhin zur Verfügung gestellt.

Bürgermeister Füller bestätigte diese Ausführungen namens des Magistrats und bekräftigte, dass alle Beamten nach wie vor ihre Schuldigkeit tun würden. Der Arbeiterrat setzte sich aus 21 Personen, der Soldatenrat aus 6 Personen zusammen. Die Kontrolle in den Magistratsbüros übernahm Stadtverordnete Wick. Die Stadtverordnetenversammlung wählte am 9. November eine neue Kommission zur Regelung der Lebensmittelverhältnisse. Am 12. Dezember löste sich der Soldatenrat wieder auf, da Oberursel in die neutrale Zone fiel und Soldatenräte dort von den Siegermächten nicht geduldet wurden.⁷

Einen Aufschrei unter Oberursels Parteien löste der sogenannte Kapp-Putsch vom 13. März 1920 aus, der das Deutsche Reich an den Rand eines Bürgerkriegs brachte. Die Sozialdemokratische Partei hielt in der Turnhalle eine große Revolutionsversammlung ab, auf der sich Wick in schärfster Weise gegen den Berliner Gewaltstreich aussprach. Die Partei veranstaltete am 15. März einen Demonstrationzug, an dem sich einige tausend Menschen beteiligten, und der von der Allee auf den Markt-

platz führte, wo die Genossen Wick, Förster und Leutloff Ansprachen hielten. Der Zug ging dann mit lauten Hochrufen auf die Freiheit und das Proletariat durch die heutige Füllerstraße, Oberhöchstadter Straße zur Vorstadt, wo er sich auflöste.⁸

Auf einer Stadtverordnetenversammlung im November 1918 beklagte sich Wick über die schlechte Lebensmittelversorgung durch die Stadt, den grassierenden Schleichhandel und die Wohnungsnot. Wenn die Wohnungsnot zu schlimm werde, wenn »unsere Krieger zurückkehren, dann werden wir auch fordern, dass in denjenigen Villas, die leer stehen, oder in denjenigen, wo 10 bis 20 Zimmer vorhanden sind und nur zwei bis drei Leute wohnen, Wohnungslose dort untergebracht werden.« Außerdem sei es notwendig, dass die Schulverhältnisse wieder geregelt werden, dass die Lazarette aus den Schulen herauskommen. Es seien Räume genug vorhanden. Er kenne wunderschöne Räume, die für Lazarette großartig geeignet wären, etwa die Schlösser in Kronberg und Bad Homburg. Gleichzeitig versicherte er, dass »wir Vertreter der Arbeiterschaft nicht beabsichtigen, etwas zu demolieren, sondern unsere Beantragungen sollen im friedlichen Sinne geschehen. Sollte es aber von anderer Seite zu heftigem Widerstand kommen, so soll auch die Arbeiterschaft Widerstand leisten und dann könnte es eventuell zu Ausschreitungen kommen.«⁹

1924 wurde die SPD stärkste Kraft im Stadtparlament und Wick dessen Vorsitzender. Zu seinem 25-jährigen Jubiläum als Stadtverordneter im Dezember 1930 bescheinigte ihm die Lokalzeitung, dass er es stets verstanden habe, durch sachliche Behandlung aller vorkommenden Vorlagen sich auch die Achtung seiner politischen Gegner zu erwerben.¹⁰

1933 Heinz Kiesler

Heinz Kiesler, eigentlich Heinrich Josef Kiesler, wurde 1884 in Düsseldorf geboren. Über ihn ist wenig bekannt. Er diente im Ersten Weltkrieg, zog nach Oberursel in die Liebfrauenstraße, war Lehrer und wurde später Kreisschulrat. Seine Amtszeit als einziger Stadtverordnetenvorsteher der Nationalsozialisten in Oberursel war kurz und reichte vom 27. März bis zum 31. 12. 1933, als sich das Stadtparlament auflösen musste. Seine Wahl erfolgte mit 16 Ja-Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen, wobei die Kommunisten nicht mehr im Stadtparlament vertreten waren.

11. 10. 1945 - 31. 3. 1946 Werner Jaspert



FOTO: STADTARCHIV

Werner Jaspert (1906-1992) gehört eigentlich nicht in die Galerie der Stadtverordnetenvorsteher. Als kritischer Frankfurter Journalist war er dem Nazi-Regime mit Distanz begegnet. Das machte ihn für die Amerikaner zum geeigneten Kandidaten für den Bürgermeisterposten in Oberursel. Hier wohnte er im selbstgebauten Haus mit der Adresse »Außerhalb 15«, offiziell Gattenhöfer Weg 31c. Als Frankfurt im Frühjahr 1945 vor dem Neuanfang stand, wurde Jaspert Polizeireferent des Oberbürgermeisters. Die Militärregierung lud ihn ein, Oberurseler Bürgermeister zu werden. Er verwaltete die Stadt in schwierigster Zeit und versammelte Persönlichkeiten um sich, die ihn dabei berieten. Ein Stadtparlament war das nicht. Die ersten hessischen Nachkriegs-Kommunalwahlen brachten ihn um das Amt, das er erleichtert an Heinrich Kappus weitergab. Er machte sich lieber als Rundfunkjournalist, Buchautor und Musikkritiker einen Namen. 24 Jahre war er bei der »Frankfurter Illustrierten« tätig, zuletzt als Chefredakteur, bis ihn Verlagsleiter Werner Wirthle nach Erscheinen einer kritischen Glosse zur Ordens- und Titelsucht von einem Tag zum anderen feuerte.

1946-1952 Heinrich Kappus

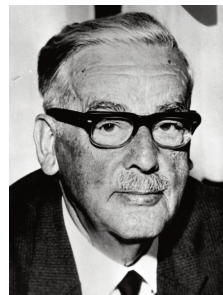


FOTO: STADTARCHIV

Ähnlich wie Jaspert ist Kappus (1892-1974) eigentlich nicht als Stadtverordnetenvorsteher bekannt, sondern als Bürgermeister von Oberursel. Doch die neue Hessische Gemeindeordnung von 1945 und die Wahlen vom Frühjahr 1946 besicherten ihm beide Ämter. Kappus wurde in Oberursel geboren und war Zeit seines Lebens hier tätig. Verwaltung lernte er von der Pike auf bei der Stadt Oberursel, erlebte den Ersten Weltkrieg als Soldat, zuletzt Vizefeldwebel, stieg in der Stadtverwaltung auf und wurde 1935 hauptamtlicher Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer. Nach dem Krieg machten ihn die gerade einmarschierten Amerika-

ner für knapp zwei Monate zum Bürgermeister, ließen ihm dann nur noch das Amt des Stadtkämmerers, das er wenige Monate später ebenfalls verlor.

Nachdem Kappus voll rehabilitiert war, waren die Positionen des Bürgermeisters und des Ersten Beigeordneten anderweitig besetzt. Am 21. März 1946 wählte ihn die Stadtverordnetenversammlung auf zwei Jahre zum Bürgermeister, am 11. Juni 1948 auf weitere sechs Jahre, am 21. Januar 1954 noch einmal für denselben Zeitraum.

1952 wurde mit Novellierung der Hessischen Gemeindeordnung die sogenannte Magistratsverfassung wieder eingeführt, die Stadtparlament und Magistrat trennte. Kappus diente seiner Stadt 54 Jahre lang. 1962 wurden ihm die Ehrenbürgerrechte verliehen, seit 1999 trägt eine Straße auf dem früheren Camp-King-Gelände seinen Namen.

1952-1955 Dr. Rudolf Brinkmann



FOTO: PRIVAT

Aus der Kommunalwahl am 4. Mai 1952 ging die SPD mit 9 Sitzen als stärkste Partei hervor, gefolgt von CDU mit 8, FDP mit 4 Sitzen, DP und BHE mit je 1 Sitz. Als stärkste Partei stellte die SPD den Stadtverordnetenvorsteher. Gewählt wurde Rechtsanwalt Dr. Rudolf Brinkmann (1909-1981). In seine Amtszeit fiel u. a. die Einweihung der Volksschule Nord im Jahre 1953.

Brinkmanns politischer Aufstieg schien vorgezeichnet, als der gebürtige Berliner aus dem Kölner Raum nach Oberursel wechselte und hohe Ämter anstrebte. Bundesweite Aufmerksamkeit erregte ein Vorfall, in den er eng verwickelt war. Am 13. Dezember 1954 sprachen ohne vorherige Ankündigung ein Stadtrat und ein Abteilungsleiter der sächsischen Stadt Döbeln im Oberurseler Rathaus vor, um Bürgermeister Kappus eine Einladung des Rates der Stadt Döbeln zum Gegenbesuch zu überreichen, verbunden mit der Bitte, den Besuchern einen Gedankenaustausch zu ermöglichen. Bürgermeister Kappus verabredete sich mit den beiden für den nächsten Tag und erklärte ihnen dann in einem zweistündigen Gespräch den organisatorischen Verwaltungsaufbau der Stadt, den Wohnungsbau, den Schulbau, Straßenbau, Kanalisation, kulturelle Einrichtungen und ähnliches. Po-

litische Fragen seien nicht behandelt worden, versicherte er gegenüber Presse, Magistrat und Stadtparlament. Dem Rat der Stadt Döbeln teilte der Magistrat mit, er könne die Mitglieder der Gemeindekörperschaften in Döbeln nicht als rechtmäßig gewählte Repräsentanten der Bürgerschaft anerkennen, »solange in der Ostzone die Mitglieder der Gemeindekörperschaften nicht aus freien Wahlen der Bürgerschaft hervorgegangen sind.«¹¹

Damit gab sich jedoch Stadtverordnetenvorsteher Dr. Brinkmann, der an den Gesprächen teilgenommen hatte, nicht zufrieden. Er schrieb zurück, dass er einer Einladung gerne folgen würde. Damit löste er eine Lawine der Kritik aus, am heftigsten aus den eigenen Reihen. Bundesweit berichtete die Presse über die »Oberurseler Affäre«.¹² Die FDP forderte den Rücktritt des Parlamentschefs. Dr. Brinkmann weigerte sich, sich von den Besuchern und der Einladung zu distanzieren. Er habe bei der »fünfstündigen Besprechung« den Eindruck gewonnen, dass es sich um sehr ehrliche und anständige Menschen handle, meinte er auf einer von diesem Thema beherrschten Stadtverordnetenversammlung am 3. Februar. Die Behauptung, die Sowjetzonen-Funktionäre seien keine rechtmäßigen Vertreter der Bürgerschaft, treffe nicht zu. Für ihre rechtmäßige Amtsfunktion sei es unwesentlich, ob sie gewählt oder eingesetzt wurden, meinte der Jurist.

Die CDU wandte sich gegen jede amtliche Verbindung zu Sowjetzonen-Stellen. Der BHE erinnerte daran, was die Kommunisten 1946 mit der SPD in der »Zone« gemacht haben. Die SPD distanzierte sich deutlich von ihrem Parteifreund. Das Stadtparlament missbilligte die Haltung des Stadtverordnetenvorstehers in einem Beschluss. Unter dem Druck der Kollegen und der Öffentlichkeit legte Dr. Brinkmann am 16. Februar 1955 sein Mandat als Stadtverordneter nieder und gab damit sein Amt als Stadtverordnetenvorsteher auf.

Dr. Brinkmann gehörte noch einige Zeit dem Kreistag an und war dort sogar als Nachfolger von Landrat Eberlein im Gespräch. Später ging er nach Baunatal, wo er eine Kanzlei eröffnete und bald heimisch wurde. Er starb 1981 in Kassel.

1955-1958 Hermann Ortloff

Auf Brinkmann folgte der SPD-Stadtverordnete Hermann Ortloff (1888-1958). Er stammte aus Ostheim vor der Rhön, erlernte den Beruf des Buchdruckers und erlebte in vielen Wanderjahren die Welt. Schon früh trat er in Düsseldorf in die



FOTO: STADTARCHIV

SPD ein, kam 1937 nach Oberursel, wurde zwei Jahre später Mitglied im Aufsichtsrat der Oberurseler Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaft und rückte nach Kriegsende in den Vorstand auf. Der Stadtverordnetenversammlung gehörte er von 1946 bis 1948 an, wurde am 11. Juni 1948 Beigeordneter und im November 1950 Dezernent für das wichtige Wohnungsamt. 1952 schied er als Dezernent aus und wurde wieder Stadtverordneter, übernahm am 3. März 1955 das Amt des Stadtverordnetenvorstehers, das er bis zu seinem Tod am 28. Dezember 1958 ausübte, nachdem ihn 1956 die Stadtverordnetenversammlung einstimmig in seinem Amt bestätigt hatte.

Seine größten Verdienste erwarb sich Ortloff auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbaus. Er kannte alle Quellen und Wege, mit denen er ihn fördern konnte. Dabei kam ihm seine Tätigkeit als Vorstandsmitglied des Verbandes Südwestdeutscher Wohnungsunternehmen e.V. und als Ausschussmitglied des Gesamtverbandes der Wohnungsbauunternehmen in Köln zustatten. Sein letztes großes Oberurseler Wohnungsbauprojekt war die Goldackersiedlung, die seit 1958 seinen Namen trägt.

1959 - 1960 Herbert Tulatz

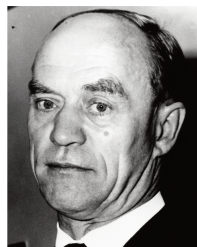


FOTO: STADTARCHIV

Herbert Tulatz (1914-1968) stammte aus Breslau, leitete von 1952 bis 1962 die DGB-Bundesschule in Oberursel und wurde 1961 stellvertretender Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) in Brüssel. In der Zeit des Nationalsozialismus war er als Angehöriger der Falken und Mitglied der Sozialistischen Arbeiterbewegung Breslaus von Repressionen betroffen. Wegen Kontakts zu emigrierten Sozialisten wurde er während der NS-Zeit zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt und 1942 zum Strafbataillon 999 eingezogen, mit dem er als »wehrunwürdiger« Strafsoldat in Afrika dienen musste.

Nach amerikanischer Kriegsgefangenschaft wurde er zum bedeutenden Gewerkschaftsfunktionär

und begleitete zahlreiche Ämter. Für die SPD war er Ortsvereinsvorsitzender in Oberursel, Stadtverordneter, Mitglied des Bezirksvorstands Hessen-Süd und Mitglied des Hessischen Landesvorstands.¹³

In Tulatz Amtszeit fällt der Baubeginn der Werner-Hilpert-Siedlung 1959.

1960 - 1968 Friedrich Dahlhaus



FOTO: STADTARCHIV

Auf Tulatz folgte sein Parteifreund Friedrich Dahlhaus (1919-2003). Er war Redakteur beim Hessischen Rundfunk und stand bis 1968 an der Spitze der Stadtverordnetenversammlung. Bei den Oberurseler Stadtverordneten genoss er hohes Ansehen. 1964 wurde er einstimmig im Amt bestätigt. »Er hat die Sitzungen des Parlaments seinem Amt entsprechend angemessen objektiv und neutral geleitet,« bescheinigte ihm der spätere Parlamentschef Dr. Martin Heubel in einer Würdigung. Schon kurze Zeit nach seinem Ausscheiden aus der Stadtverordnetenversammlung zog er nach Norddeutschland, wo er im Alter von 84 Jahren starb.¹⁴

In Dahlhaus' Amtszeit fallen unter anderem die Einweihung der Realschule 1961, des Postamts an der Berliner Straße 1964, das große Stadt- und Schützenfest und die Unterzeichnung der Urkunden zur Städtepartnerschaft mit Epinay-sur-Seine 1964, die Weihe der Kreuzkirche Bommersheim 1965 und der Hedwigskirche 1966 und die Einweihung des Bad-Hotels 1968.

1968 - 1977 Gustav Lang



FOTO: STADTARCHIV

Gustav Lang (1901-1986) war mit Leib und Seele Sozialdemokrat. Der gebürtige Bad Homburger hatte als Maschinenbauer bei der Oberurseler Motorenfabrik gelernt, später seine Meisterprüfung abgelegt und dann bis zu der Zerstörung im Frankfurter

Unternehmen Naxos-Union gearbeitet. Mehr als 20 Jahre wohnte er in Bad Homburg. Nach dem Krieg machte er sich selbstständig, eröffnete in Oberursel eine Schleiferei und noch vor der Währungsreform in der Frankfurter Landstraße ein Haushaltswarengeschäft, das er bis 1967 führte.

Der engagierte Sozialpolitiker war von 1956 bis 1977 Stadtverordneter. Von 1968 bis 1977 leitete er, wie die »Frankfurter Rundschau«¹⁵ schrieb: »Mit viel Umsicht, sympathischer Autorität und Mutterwitz als Vorsitzender die Stadtverordnetenversammlungen.« Lange Jahre war er Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt und gehörte 22 Jahre lang der Sozialkommission der Stadt Oberursel an. Er war 2. Vorsitzender des Handwerker- und Gewerbevereins, Vorsitzender und Mitbegründer der GEWO-Rabattgemeinschaft, ehrenamtlicher Verwaltungsrichter, Vorstandsmitglied des Bürger- und Verkehrsvereins und Mitglied in vielen anderen Vereinen. 1977 wurden ihm die Ehrenbürgerrechte der Stadt verliehen.

In Langs Amtszeit fielen der Übergang der Schulträgerschaft von der Stadt auf den Kreis und der Baubeginn Rosengärtchen im Jahre 1970, die Eingemeindung der bisher selbstständigen Gemeinden Oberstedten, Stierstadt und Weißkirchen im April 1972, die Einweihung des Altenwohnheims der Arbeiterwohlfahrt an der Kronberger Straße 1974, der Bezug des neuen Rathauses 1976.

In seinem Amt war Lang nicht unumstritten. Die Verleihung der Ehrenbürgerwürde hatte das Stadtparlament mit 30 Stimmen bei einer Gegenstimme und 11 Enthaltungen beschlossen. Die CDU blieb der Feierstunde fern. Fraktionsvorsitzender Throll bemängelte, dass die Auszeichnung nicht nach Ausschneiden, sondern noch im Amt verliehen wurde.¹⁶ In der Amtszeit Langs geschah einer der größten Ekklars der Oberurseler Parlamentsgeschichte, als sich im November 1972 der CDU-Stadtverordnete und -Stadtverbandsvorsitzende Wilhelm Molitor als Hospitant einer Koalition aus SPD und FDP anschloss und dem Bündnis damit eine knappe Mehrheit verschaffte, auf die eigentlich CDU und OBG gehofft hatten.

1977-1993 Erwin A. Rathgeb

Die Kommunalwahlen von 1977 brachten der CDU einen Erdrutschsieg mit absoluter Sitzmehrheit im Stadtparlament. Zum Stadtverordnetenvorsteher wurde der 45-jährige Architekt Erwin A. Rathgeb (1931-2010) gewählt. Er stammte aus Stuttgart und eröffnete 1964 im späteren Oberur-



FOTO: STADTARCHIV

war von 1972 bis 1993 Stadtverordneter, davon 16 Jahre lang als Stadtverordnetenvorsteher mit Wiederwahl in den Jahren 1981, 1985 und 1989. Als Vorsitzender setzte er sich das Ziel, das nach der sogenannten Molitor-Affäre herrührende getrübe Klima zwischen den Mandatsträgern zu verbessern. Parlamentarische Abende und ein Ältestenrat der Fraktionen sollten dazu beitragen. Außerdem galt es, die neuen Stadtteile zu integrieren.

In Rathgeb's Amtszeit fallen die Einweihung des neuen Rathauses 1977, der Fußgängerzone untere Vorstadt 1978 und die Verschwisterung mit Rushmoor 1989.

Kollegen bescheinigten Rathgeb eine überparteiliche, faire und um Ausgleich bemühte Amtsführung. Nach der Kommunalwahl 1993 erkrankte er schwer und legte sein Mandat als bisher längstdienender Stadtverordnetenvorsteher nieder.

1993-2003 Dieter Rosentreter



FOTO: STUDIO BALDUS

Meist war es den stärksten Fraktionen im Stadtparlament vorbehalten, den Stadtverordnetenvorsteher zu stellen. Rathgeb's Wiederwahl war bereits vor Bekanntwerden seiner Erkrankung strittig.¹⁷ Diesmal, so waren sich SPD, Grüne, FDP und WILO einig, sollte es kein der CDU angehörender Parlamentskollege sein. Sie schlugen den FDP-Fraktionsvorsitzenden Dieter Rosentreter vor, der von 1981 bis 1985 ehrenamtlich dem Magistrat angehört hatte und Sprecher seiner Parlamentsfraktion wurde. Außerdem saß er für die FDP im Kreisausschuss.

Rosentreter war nach der Kommunalwahl zu einer Schlüsselfigur in der kommunalpolitischen Szene Oberursels geworden. Ohne ihn und seine dreiköpfige Fraktion lief nichts, weil sowohl CDU und OBG als auch SPD, Grüne und WILO jeweils 21 Stadtverordnete hatten. So wurde er 1993 zum hessenweit einzigen Stadtverordnetenvorsteher der FDP gewählt. 1997 und 2001 wurde er wiedergewählt. 2003 wurde Rosentreter als Nachfolger von Eberhard Häfner hauptamtlicher Erster Stadtrat und schied damit aus dem Stadtparlament aus.

Geboren wurde Rosentreter 1947 im niederbayerischen Neumühle, Kreis Dingolfing. Seine Berufstätigkeit beim Oberurseler Betrieb Femso brachte ihn 1968 in die Taunusstadt. Er ist Mitglied in zahllosen Vereinen und regierte als Karnevalsprinz Dieter I. von 1990 bis 1992 zwei Kampagnen lang die Oberurseler Narren. Bei seiner Partei war er unter anderem Kreisvorsitzender und kandidierte zweimal für den Landtag.

In seine Amtszeit als Stadtverordnetenvorsteher fielen die Verabschiedung der amerikanischen Streitkräfte aus Oberursel 1993, die erste Bürgermeister-Direktwahl 1995, die Einweihung des neuen Gebäudes der Erich-Kästner-Schule 1996, der Ankauf des Camp-King-Areals durch die Stadt Oberursel 1998 und die Verkehrsfreigabe der Nordumfahrung 1999.

2003 - 2011 Dr. Martin Heubel



FOTO: STADT OBERURSEL

Nach Dieter Rosentreter fiel das Amt wieder der CDU zu, die eine Koalition mit FDP und OBG gebildet hatte. Dr. Martin Heubel (geb. 1935) rückte am 22. Mai 2003 zum Stadtverordnetenvorsteher auf. Der Stadtverordnetenversammlung gehörte er seit 1991 an. Der Kaufmännische Geschäftsführer von Lurgi und promovierte Jurist war 1970 als »junger Wilder« der Frankfurter CDU beigetreten. 1975 ging er mit Familie für fünf Jahre in die USA und fand nach seiner Rückkehr in Oberstedten eine ständige Bleibe. Er engagierte sich zunächst im Ortsbeirat und dann im Stadtparlament.

Als eine Sternstunde betrachtete Heubel in der Nachschau die sachliche Debatte des Stadtparla-

ments über ein in Oberursel geplantes islamisches Kulturzentrum, das von den Medien weit über die Stadt hinaus Beachtung fand. Viele Jahre war Heubel Stellvertreter des Stadtverordnetenvorstehers, bis er selbst auf dessen Stuhl Platz nahm. Von dort aus sorgte er für ein sachorientiertes, freundliches Klima im Parlament und erhielt am Schluss die Ehrenplakette der Stadt. Mit großem Einsatz beteiligte er sich auch an Vorbereitung und Durchführung des Hessentags im Jahre 2011.

Ab 2011 Dr. Christoph Müllerleile



FOTO: STUDIO NUMBER ONE

Der Autor dieses Beitrags (geb. 1946 in Diez) gehörte 40 Jahre der Oberurseler CDU an. 1972 saß er erstmals für die CDU im Stadtparlament und pausierte danach berufsbedingt. Er wechselte 2006 zur Oberurseler Bürgergemeinschaft (OBG), für die er seitdem Stadtverordneter ist. Zugleich ist er für die Freien Wähler Mitglied des Kreistages. Eine Koalition aus SPD, Grünen und OBG wählte ihn im Mai 2011 zum Stadtverordnetenvorsteher. Davor lagen lange Jahre politischer Erfahrungen auf Orts-, Landes- und Bundesebene und zahlreiche Ehrenämter, die der Verfasser neben seinem Beruf als Journalist ausübte. Die Koalition zerbrach 2012. Mehrheiten müssen von Fall zu Fall gefunden werden. Das macht das Amt spannend. Durch moderne Elektronik ist die Parlamentsarbeit zunehmend papierlos geworden. Die Entscheidungsprozesse werden durch zahlreiche Formen direkter Demokratie und durch sogenannte soziale Medien im Internet unterstützt.

¹ »Stadt Oberursel Taunus – 100 Jahre Stadtverordnetenversammlung« Hrsg. Stadtverordnetenversammlung Oberursel (Taunus), Büro des Stadtverordnetenvorstehers, 1. Auflage Oktober 1991. Als Manuskript gedruckt.

² Alle Angaben aus »100 Jahre Stadtverordnetenversammlung«.

³ §57 HGO.

⁴ Stadtverordneten-Versammlung, in: Oberurseler Bürgerfreund, 4. 9. 1920

⁵ Stadtverordneten-Versammlung, in: Oberurseler Bürgerfreund, 11. 9. 1920.

⁶ Gedenken an Dr. Josef Messerschmitt, in: Taunus-Zeitung, 20. 10. 2007, S. 18, und Dr. Josef Messerschmitt gestorben, in: Taunus-Anzeiger, 22. 10. 1957, S. 3.

- 7 Bericht über den Stand und die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Oberursel (Taunus) in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1918, S. 44f.
- 8 Lokales, in: Oberurseler Bürgerfreund, 16. 3. 1920.
- 9 Oberurseler Bürgerfreund, 12. 11. 1918.
- 10 Oberurseler Bürgerfreund 3. 12. 1930.
- 11 Taunus-Anzeiger, 8. 1. 1955, S. 3.
- 12 Taunus-Anzeiger, 22. 1. 1955, S. 4.
- 13 Herbert Tulatz, in: de.wikipedia.org, abgerufen 7. 12. 2013.
- 14 Taunus-Zeitung, 5. 6. 2003, S. 17.
- 15 Frankfurter Rundschau, 8. 4. 1986, S. III.
- 16 Taunus-Zeitung, 28. 7. 1977, S. 10.
- 17 Frankfurter Rundschau, 23. 3. 1993, S. III.



Erwin Rathgeb mit der Glocke, die Bürgermeister Heinrich Kappus dem Stadtparlament 1954 anlässlich seiner Wiederwahl stiftete. FOTO: STADTARCHIV



Die Rollenverteilung zwischen Magistrat und Stadtparlament ist in der Hessischen Gemeindeordnung klar geregelt. Stadtverordnetenvorsteher Dr. Martin Heubel (rechts, hier bei seiner Verabschiedung) und Bürgermeister Hans-Georg Brum arbeiteten trotz unterschiedlicher Parteizugehörigkeit gut zusammen. FOTO: STADT OBERURSEL/REICHWEIN



Gustav Lang erhält 1977 die Ehrenbürgerschaft. Das Foto zeigt ihn mit seinem Vertreter Hans Böhm (rechts) und Bürgermeister Karlheinz Pfaff. FOTO: STADTARCHIV



**Verein für Geschichte
und
Heimatkunde Oberursel (Taunus) e.V.**

Postfach 11 46
61401 Oberursel
Geschäftsstelle: Hospitalstraße 9

www.Ursella.Org